

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Ausgabenumschichtungen sind nötig

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1991) : Ausgabenumschichtungen sind nötig, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 8, pp. 380-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136782>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 1995 zeigt im Durchschnitt jährliche Zuwachsraten der Ausgaben von 2,3% sowie eine drastische Verminderung der Nettokreditaufnahme von 66 Mrd. DM (1991) auf 25 Mrd. DM (1995). Dadurch lassen sich jedoch jene Kritiker nicht beruhigen, die angesichts der Situation in Ostdeutschland eine stärkere Ausgabenexpansion und keine schnelle Rückkehr auf den vor der Wende 1989 verfolgten Konsolidierungspfad erwarten.

Zwar melden einige ostdeutsche Branchen zunehmende Aktivitäten, die Treuhandanstalt weist auf erste Konsolidierungen hin, und Verbesserungen in der Infrastrukturversorgung sind nicht zu übersehen. Dennoch reichen die privaten Aktivitäten noch nicht aus, um eine Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen. Öffentliches Engagement ist weiterhin auf hohem Niveau gefordert. Man mag dabei bedauern, daß öffentliche Leistungen zu einem erheblichen Teil in den privaten und öffentlichen Konsum fließen und weniger in die Investitionen; aber solange die Chancen zur Erzielung eigener Einkommen nicht ausreichen, muß die Forderung nach Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen zunächst auch auf diese Weise erfüllt werden. Daher ist es schon überraschend, daß die Bundesausgaben real sogar abnehmen sollen. Dieses könnte nur unter besonderen Bedingungen gelingen.

So müßten geplante Ausgabenansätze stark vermindert und einige eigentlich für westdeutsche Aktivitäten vorgesehene Aufwendungen nunmehr in Ostdeutschland wirksam werden. Zwar ist es der Bundesregierung gelungen, Subventionen um rund 10 Mrd. DM pro Jahr zu kürzen. Angesichts der zu lösenden Aufgabe und des zur Disposition stehenden Subventionsvolumens ist dieses jedoch ein relativ geringer Betrag. Zudem setzt er sich aus einer



Eberhard Thiel

Ausgabenum- schichtungen sind nötig

Vielzahl kleinerer Kürzungen zusammen, die kaum eine grundlegende Änderung der Subventionspolitik erkennen lassen.

Umschichtungen von Ausgaben zu Lasten westdeutscher Länder stoßen auf den massiven Widerstand der dadurch benachteiligten Regionen. So löste die Ankündigung, daß die Leistungen nach dem Strukturhilfegesetz nicht mehr den westdeutschen, sondern den ostdeutschen Regionen zufließen sollen, erhebliche Kritik in Westdeutschland aus – nach dem Motto: Arme Regionen könnten anderen armen Regionen nicht helfen. Nur eine alle deutschen Regionen einbeziehende Neubewertung der Förderungswürdigkeit kann zu einer einvernehmlichen Verteilung der Ressourcen führen. Dabei dürfte auch der regionalpolitischen Bewältigung der Abrüstungsmaßnahmen ein hoher Stellenwert zukommen.

Nicht ganz unabhängig von diesem Problemkreis ist die fällige Novellierung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern zu sehen. Es ist aber kaum damit zu rech-

nen, daß der Bund seine Finanzsituation zu Lasten der Länder wesentlich verbessern kann. Aber dennoch sind auch die Länder und Gemeinden aufgerufen, die große Zahl der von ihnen finanzierten Programme auf ihre gesamtwirtschaftliche Dringlichkeit hin zu überprüfen.

Die geplanten geringen Ausgabensteigerungen des Bundes könnten auch durch eine weitere Ausgliederung von Aufgaben auf andere Institutionen erreicht werden. Aber es ist bereits der Vorwurf zu hören, dadurch würden die Vereinigungskosten und die tatsächliche Staatsverschuldung verschleiert. Hierbei geht es nicht etwa um vermutete Unkorrektheiten, sondern lediglich um die fehlende Transparenz. Es ist müßig darüber zu streiten, ob der Fonds Deutsche Einheit, der Kreditabwicklungsfonds oder die Treuhandanstalt zum öffentlichen Sektor gehören. Unabhängig von ihrer Rechtsform und ihrer Notierung im Etat gehören sie zu den Institutionen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Weitere Ausgliederungen sollten jedoch nicht erwogen werden.

Um die Verschuldung nicht stärker steigen zu lassen, bleibt schließlich noch die Möglichkeit weiterer Steuererhöhungen. Kontrovers diskutiert wird gegenwärtig nicht nur eine Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt, sondern eventuell sogar um zwei Punkte auf 16%. Trotz der dadurch entfachten stabilitäts- und verteilungspolitischen Debatte, die noch durch die geplante steuerliche Entlastung von Unternehmungen verstärkt wird, sind Bund und Länder jedoch durchaus an einer Erhöhung ihrer Finanzmassen interessiert. Um diese Steuererhöhung und die dadurch entstehenden Konflikte dennoch möglichst gering zu halten, wären Regierung und Parlament gut beraten, diese Kontroverse zu entschärfen, indem sie die bisherigen Ausgabenansätze insbesondere in Westdeutschland soweit wie möglich absenken.